

Mitte Dezember hat der Landrat entschieden, die Schweizerische Friedensstiftung Swisspeace und deren Friedensforschung nicht zu unterstützen. Begründet wurde dies mit Aussagen von Swisspeace-Direktor und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel Laurent Goetschel zum Nahost-Krieg. Dieser Entscheid war die bisherige Spitze einer politischen und medialen Debatte über kritische Wissenschaft zu Israel und Palästina und wird zu Recht als Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit kritisiert. So äusserte sich beispielsweise Alfred Bodenheimer, Leiter des Zentrums für Jüdische Studien der Universität Basel, im jüdischen Wochenmagazin «tacheles» deutlich: «Ungeachtet meiner eigenen Einschätzungen der Situation im Nahen Osten und der Positionen von Laurent Goetschel, geraten wir in ein hochgefährliches Fahrwasser, wenn politische Aussagen einzelner Personen, die vielleicht kontrovers, aber nicht konspirativ, menschenverachtend oder gewaltlegitimierend sind, zu so drastischen politischen Schritten führen.» Damit werde faktisch die Freiheit der Forschung, auch unpopuläre oder umstrittene Meinungen zu vertreten, beschnitten.

Auch die Universität Basel und insbesondere die Fachbereiche der Gesellschaftswissenschaften stehen unter grossem medialen und politischen Druck. Die akademische Integrität von Forschenden wird infrage gestellt, wenn ihre Forschung politisch unpopuläre Themen behandelt. Die Gefahr ist gross, dass auf unkritischere Themen ausgewichen wird und damit eine (Selbst-)Zensur und Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit einhergeht. Zudem besteht die grosse Sorge, dass diese Tendenzen dazu führen, dass in kritischen Wissenschaften gespart werden soll oder sie auf weniger kritische Themenfelder ausgerichtet werden sollen. Studierende der betroffenen Fächer haben Zukunftsangst und mangelnde Perspektiven, da unklar ist, ob nach Ende der Finanzierungsperiode, das Fach noch bestehen wird. Das alles, weil die Prinzipien der Forschungsfreiheit politisch hinterfragt werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Bedeutung hat die Wissenschaftsfreiheit für den Regierungsrat?
2. Wie sieht der Regierungsrat Einflussnahmen auf Forschungsinhalte und Schwerpunkte von Forschung und Lehre an der Universität Basel?
3. Wie stellt sich der Regierungsrat dazu, wenn versucht wird, politisch und medial Einfluss auf Forschungsinhalte und Schwerpunkte von Forschung und Lehre an der Universität Basel zu nehmen?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Tatsache, dass die Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit vor allem die Sozialwissenschaften treffen, welche ohnehin über eine knappe Finanzierung verfügen und damit grösseren Unsicherheiten ausgesetzt sind?
5. Anerkennt der Regierungsrat diese Sorgen?
6. Was unternimmt die Universität Basel zum Schutz der Forschenden und Studierenden, wenn sie aufgrund ihrer Forschung medialem und politischem Druck ausgesetzt werden? Welche Leitlinien, Abläufe und Massnahmen gibt es?
7. Wie unterstützt der Regierungsrat die Universität dabei?

Tonja Zürcher